

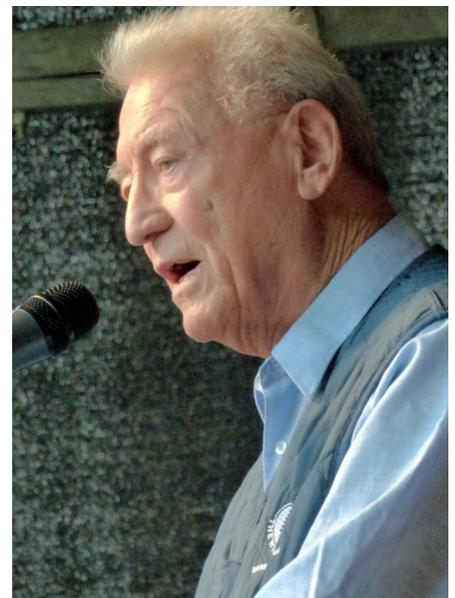
UNSER BLÄDDSCHE

DER ROTGRÜNE LANDBOTE



NATURFREUNDE OFFENBACH AM MAIN

Programmorschau | Mitteilungen | Meinungen | Tipps



EUROPA ANDERS MACHEN **demokratisch.solidarisch.grenzenlos**

In Europa hat man heute allen Grund, entsetzt zu sein. Europas demokratisches und soziales Versprechen ist zu einer Farce verkommen. Angesichts des Massensterbens im Mittelmeer und des brutalen Kürzungszwangs im europäischen Süden ist die Schmerzgrenze längst überschritten: Statt der einst gepriesenen europäischen Werte von Vernunft, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie herrscht der technokratische Wahnsinn. Am 20. Juni, dem internationalen Weltflüchtlingstag und dem Beginn der weltweiten Griechenland-Solidaritätswoche, wollen wir daher öffentlich auf den Straßen Berlins ausrufen: Dieses Europa agiert nicht in unserem Namen.

Ja, es gibt sie. Die Menschen, die entsetzt sind, dass an Europas Außengrenzen seit Jahren und immerfort Tausende geflüchtete Menschen sterben. Dass statt der Bereitstellung von rettenden Fähren die militärische Frontex-Abschirmung verstärkt wird. Dass Europa auf Kriege und Armut um uns herum mit Abschiebung in eben diese Kriege und diese Armut antwortet. Und dass die angekommenen Geflüchteten in Lagern isoliert und behandelt werden wie Kriminelle.

Und ja, es gibt sie auch, die Menschen, die es nicht mehr ertragen, wie die Euro- und Finanzkrise auf die Bevölkerungen im europäischen Süden abgewälzt wird, wie die Zukunft von Generationen auf dem Altar eines aus den Fugen geratenen Finanzsystems geopfert wird. Die, die es nicht einsehen, dass die Demokratie auch hierzulande zum Witz verkommt, weil das Dogma des Neoliberalismus als alternativlos gilt. Die, die sich darüber empören, dass nun mit TTIP Umweltschutz und soziale Rechte als „Investitionshemmnisse“ gehandelt werden.

Nein, es ist bizarr, dass die mediale Öffentlichkeit in Deutschland mit einer herablassenden Sündenbockrhetorik wieder Rassismus schürt, ernsthaft von „Wirtschaftsflüchtlingen“, „faulen Griechen“ und „Schmarotzern“ spricht, anstatt die offensichtliche Unmenschlichkeit europäischer Innen- und

Außenpolitik anzuklagen.

Und nein – wir sind nicht nur empört, wir wollen es auch praktisch zeigen, dass die Bundesregierung nicht für uns spricht. Denn sie nutzt die ökonomische und moralische Krise um einen Keil zwischen die Bevölkerungen zu treiben, versucht uns zu entsolidarisieren und schürt Angst und Misstrauen; der ideale Nährboden für Nationalismus und den bereits gefährlich aufkommenden Rechtspopulismus, der dann, viel zu spät, wieder ganz erstaunt problematisiert wird.

Zu lange sah es aus, als wären wir einverstanden. Am 20. Juni, dem internationalen Flüchtlingstag und dem Beginn der Griechenland-Solidaritätswoche des Weltsozialforums – einem Tag weltweiter Aktionen – übernehmen wir Verantwortung für die hier gemachte Politik. Zeitgleich zu ganz ähnlichen Demonstrationen in Rom, London, Brüssel und in vielen anderen Städten Europas wollen wir öffentlich auch ein Zeichen aus Berlin und Deutschland senden und deutlich machen: Es gibt das Europa der Solidarität!

Mit unserer Demo wollen wir **einem anderen Bild von Europa** Raum geben. Gemeinsam starten wir vom Oranienplatz, dem zentralen Symbol für die Flüchtlingsbewegung in Berlin. Wir suchen das Gebäude der BILD auf, um ihre rassistische Stimmungsmache gegen Geflüchtete und die Menschen in Griechenland anzuprangern. Schließlich wollen wir, wie ein Schwarm, mit vielen anderen zusammen das Regierungsviertel füllen und dort auf einem Konzert, das von antirassistischen Gruppen, Flüchtlingsinitiativen der LINKEN organisiert wird, unter dem Motto „Flüchtlinge Willkommen! Flucht ist kein Verbrechen!“ unsere Alternativen feiern.

Da die europäischen Eliten im Juni das Schicksal Griechenlands entscheiden, wollen wir zu genau diesem Zeitpunkt öffentlich in den Verhandlungsprozess intervenieren. Und wir werden im Regierungsviertel die Stimmen derer hören, die sonst allzu oft ignoriert werden: Die Geflüchteten, über die viel, mit denen aber kaum gesprochen wird.

Mit ihnen werden wir vor der Nase der Regierung für grenzübergreifende Solidarität und gegen die Verschärfung des Asylrechts tanzen. Denn das Versprechen von einem solidarischen Europa der Demokratie und der Menschenrechte muss endlich erfüllt werden.



Beschluss des Landesvorstandes der NaturFreunde Hessen vom 6. Februar 2015

Flüchtlingen mit Respekt begegnen

Der Landesverband Hessen der NaturFreunde Deutschlands beobachtet mit großer Sorge die Entwicklung der so genannten „Pegida-Bewegung“.

Viele Menschen in Deutschland empfinden berechtigten Unmut über die Arroganz der Macht, die von Politikern wie auch von vielen international operierenden Banken und Großkonzernen ausgeht. Sie fühlen sich ohnmächtig und fürchten, in Armut abzugleiten.

Diese Ängste werden von Pegida benutzt, um menschenfeindlichen rassistischen Tendenzen Raum zu geben. Daran haben auch die Politik und bestimmte Medien ihren Anteil, denn die Behauptungen, Flüchtlinge wollten sich Sozialleistungen „erschleichen“, sie seien „nicht integrationswillig“, „kriminell“ oder hätten „als Wirtschaftsflüchtlinge kein Recht auf Asyl“ werden auch in höchsten Politikerkreisen immer wieder vorgetragen und von den Medien millionenfach reproduziert.

Benachteiligte Menschen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt und dann noch für die soziale Ungerechtigkeit verantwortlich gemacht. Das hat in Deutschland eine üble Tradition. Was in der Zeit des Nationalsozialismus geschehen ist, lehrt uns: Wenn man solchen Tendenzen nachgibt, ist das Ergebnis Totalitarismus, Menschenverachtung und Tod. Die NSU-Morde und der Umgang von Polizei und Verfassungsschutz mit diesen Verbrechen zeigen uns: Der Schoß ist fruchtbar noch!

Wir begehen in diesem Jahr den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Wir denken dabei auch an die vielen NaturFreundinnen und NaturFreunde, die im Faschismus verfolgt, in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt, ermordet oder ins Exil gezwungen wurden.

Mit der Verankerung des Asylrechts im Grundgesetz, der Religionsfreiheit und vor allem der Unantastbarkeit der Würde des Menschen wurden die Lehren aus der Geschichte gezogen. Jedem Menschen ist mit Respekt zu begegnen und kein Mensch ist mehr wert als der andere, Flüchtlinge dürfen nicht nach Nützlichkeit für die Wirtschaft aussortiert werden.

Die NaturFreunde Hessens erklären: Wir stehen zur Demokratie, Völkerverständigung und Frieden. Wir wollen, dass Flüchtlinge, die vor Krieg und Verfolgung bei uns Asyl suchen, ein menschenwürdiges Leben ermöglicht wird. Wir begrüßen es, wenn Deutschland Einwanderung fördert, denn wir sehen die Begegnung mit Menschen anderer Kulturen als Bereicherung an. Wir fordern die Rückkehr zu einem Asylrecht, das seinen Namen verdient, anstatt dieses Menschenrecht immer weiter auszuhöhlen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, von der Politik, die sich dem Diktat der Großkonzerne, Finanzmärkte und Renditenmaximierung unterwirft, endlich Abstand zu nehmen und zu einer Politik des sozialen Miteinanders zurückzukehren, in der Jugendliche keine Angst um ihre Zukunft und alte Menschen keine Angst um ein menschenwürdiges Altern haben müssen. Das stetig steigende Bruttoinlandsprodukt lässt dies zu, wenn es nur gerechter verteilt wird.

Naturfreunde Kongress fordert Revision der Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung in Europa

Olmütz, 13. Juni 2015

Im Rahmen des 22. internationalen Naturfreunde-Kongresses im tschechischen Olmütz haben die Landesverbände der Naturfreunde eine gemeinsame Resolution zur dramatischen Situation von Flüchtlingen in Europa verabschiedet.

„Statt humanitäre Hilfe zu leisten, Flüchtlingen also vorübergehend Unterkunft anzubieten, Ausbildungswege zu öffnen und sie arbeiten zu lassen, reagiert Europa mit Überlegungen, wie die zunehmenden Flüchtlingswellen mit militärischen und polizeilichen Mitteln bekämpft werden können. Das ist angesichts der Tatsache, dass die europäischen Länder zu den reichsten Volkswirtschaften der Welt zählen, nicht nur unangemessen, sondern eine extrem zynische und völkerrechtswidrige Art, mit hilfeschuchenden Menschen umzugehen“, erklärt Manfred Pils, mit großer Mehrheit im Rahmen des Kongresses wiedergewählter Präsident des Naturfreunde Internationale.

Europa mag viele Probleme haben, aber Flüchtlingen das Überleben zu sichern gehört sicherlich nicht dazu. Ein „Problem“ wird erst dann darauf, wenn jene Menschen, die es trotz aller Abschreckung in die EU schaffen, in Massenlagern kaserniert werden und untätig auf den Abschluss von Asylverfahren warten müssen. So werden sie zur Zielscheibe von populistischen Parteien, die aus dieser politisch erzeugten Situation von Hilfesuchenden noch zusätzliches politisches Kapital schlagen. Dieser Entwicklung kann nur mit einer klaren und geordneten Asyl- und Zuwanderungspolitik begegnet werden.

Der Kongress der Naturfreunde Internationale fordert daher von den europäischen Regierungen eine umfassende Revision der europäischen Asylpolitik. Kernpunkte der Forderung sind:

- das Recht auf humanitäre Unterbringung und selbstbestimmte Lebensgestaltung,
- die Möglichkeit zur Aus- und Weiterbildung in der Zeit des Asylverfahrens,
- ein fairer Zugang zum Arbeitsmarkt
- und ein faires Verfahren

für alle Flüchtlinge.

„Wenn Europa hunderte Milliarden Euro zur „Rettung“ von Kreditgebern und Banken aufbringen kann, sollten einige Millionen zur Rettung von Flüchtlingen wohl kein Problem darstellen. Die derzeitigen Kosten für technisch und militärisch hochgerüstete Abwehr von Flüchtlingen sollten daher besser in eine geordnete Asyl- und Zuwanderungspolitik investiert werden“, so Manfred Pils.

Das Schlepperunwesen bekämpft man am besten, indem man den Hilfesuchenden geordnete Asylverfahren bei den EU-Botschaften in ihren Heimatländern bzw. die Aufnahme eines Asylverfahrens bei der offiziellen Einreise in die EU ermöglicht.

Neben der sofortigen Revision der nationalen und der europäischen Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung fordern die Naturfreunde eine Erhöhung der nationalen und internationalen Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit. Dass das reiche Europa nicht einmal den international vereinbarten Anteil von 0,7 % des BIP für die Entwicklungszusammenarbeit erübrigen kann, ist beschämend und befördert das dramatische Wohlstandsgefälle zwischen Europa und den südlichen Staaten.

Die Mittel, die etwa jetzt für eine verfehlte Exportförderung oder für den Aufbau der „Festung Europa“ ausgegeben werden, sollen besser in eine gerechtere soziale Entwicklung investiert werden und zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder beitragen.



Griechenland: Nötig ist eine europäische Reform

Berlin, 16. Juni 2015

Zu den aktuellen Entwicklungen um Griechenland erklärt Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands:

Die Entwicklung um Griechenland ist völlig verfahren. Vieles passt nicht zusammen, weil der Euroraum an einem finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs festhält, der keine Zukunft haben kann. Dieser Kurs spaltet Europa, vergrößert die sozialen Unterschiede, nimmt die Politik in Geiselschaft der Erwartungen der Märkte und schwächt die Demokratie.

Die betriebswirtschaftlich orientierte EU-Politik fördert Erosionstendenzen Solange die EU weiter eine Politik betreibt, die sich betriebswirtschaftlichen Kriterien unterordnet, nehmen in Europa die Erosionstendenzen zu. Mit dieser Politik wird es kein starkes Europa geben, das programmatisch und politisch auf der Höhe der Zeit ist. Wenn im Sinne Hegels alles ein Innen und ein Außen hat, dann ist die heutige Verfasstheit der EU, besonders im Euroraum, nicht zukunftsfähig, schon gar nicht in der globalen Welt, die neu geordnet wird.

Umgekehrt sind die Schwachstellen der griechischen Politik unübersehbar. Natürlich ist es für eine Regierung, die erstmals im Amt ist, gerade in einer Krise ungeheuer schwer, sich zu behaupten und ihre Ausrichtung in konkrete Politik umzusetzen, zumal der Druck von außen – nicht nur politisch,

sondern auch medial – groß ist. Und im Inneren bestehen Erwartungen, die kaum zu erfüllen sind, aber in der Zunahme der Armut berechtigte Gründe haben. Insofern sollte Finanzminister Varoufakis sein Bestreben nicht darin sehen, die Schlagzeilen der Regenbogenpresse durch Verhaltensweisen zu füllen und Politik zum Pokerspiel zu machen.

Bei einem fundamentalen Umbau gehört es zu den größten Herausforderungen, eigene Fehler zu korrigieren. Das gilt für die Eurogruppe ebenso wie für die griechische Regierung, die sich zu Recht gegen die neoliberalen Konzepte von IWF und EU-Kommission wehrt, deren Schwäche jedoch ist, dass sie kein nachhaltiges Reformkonzept hat.

Deutschland gerät zunehmend in die Rolle des ungeliebten Hegemons

Eine Kernfrage für die Zukunft Europas ist, dass die heute von Deutschland ausgehende und dominierende Austeritätspolitik überwunden werden muss. Das ist auch und gerade im deutschen Interesse, denn unser Land gerät zunehmend in die Rolle des ungeliebten Hegemons. Das System Merkel hat so keine Perspektive.

Die EU braucht eine sozial-ökologische Transformation. Nur das kann der weiteren Entwicklung in Griechenland eine Perspektive geben. Denn ein wirkliches Ende des Neoliberalismus ist überfällig. Die Finanzkrise von 2008 erfordert eine Neujustierung der Politik und keine Fortsetzung auf alten Gleisen. Dazu gehören auch die falschen Freihandelsabkommen CETA, TTIP und Tita.

Tsipras helfen, um ein nationalistisch-populistisches Europa zu verhindern

In Griechenland ist eine Regierung im Amt, die einen Reformanspruch hat, der genutzt und ausgefüllt werden kann. Wer ein nationalistisch-populistisches Europa verhindern will, der muss Tsipras helfen, statt Griechenland zu demütigen. Griechenland kann zur Chance für Europa werden.

Vorwürfe gegen Griechenland – was sagen wir dazu?

(Text: Flyer vom Griechenland-Solidaritätskomitee Frankfurt / Rhein Main)

1. „Griechenland hat schon viel zu viel Geld von uns bekommen.“

Richtig ist: Es ist bisher kein Cent deutsches Steuergeld geflossen. Griechenland hat Kredite bekommen. Für diese Kredite muss Griechenland Zinsen zahlen, die dem deutschen Staatshaushalt zugutekommen. Deutschland verdient bis heute an der „Rettung“ Griechenlands.

Zudem waren die Kredite an Griechenland nicht dafür da, „den Griechen zu helfen“, sondern flossen zu über 90 Prozent in den Finanzsektor. Es ging um das „Vertrauen“ der Finanzmärkte anstatt um die griechische Bevölkerung. Das heißt, die internationalen privaten Gläubiger – auch deutsche und französische Banken, die griechische Staatsanleihen besaßen und damit spekulierten – wurden damit zum großen Teil ausbezahlt. Hatte Griechenland 2010 ausschließlich Schulden bei privaten Kreditgebern, liegen heute über 80 Prozent der Schulden bei öffentlichen Institutionen. So wurden Griechenlands Schulden sozialisiert – von privat zu öffentlich.

2. „Besser sollte Griechenland jetzt raus aus dem Euro – das ist für alle billiger“

Das Gegenteil ist der Fall: Ein Ausstieg Griechenlands funktioniert nur bei einem hundertprozentigen Schuldenschnitt. Das bedeutet, die über 50 Mrd. Euro, für die Deutschland bürgt, wären unweigerlich verloren. Der Austritt ist also eine teure Angelegenheit.

Aber wäre es nicht wenigstens für Griechenland eine Lösung? Nein, weil die „Neue Drachme“ sofort abgewertet würde. Das würde zwar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands erhöhen. Aber die griechische Wirtschaft ist bisher kaum exportorientiert. Das heißt, Griechenland importiert mehr als es exportiert. Diese Importe wie Lebensmittel, Energie und Medikamente würden sich massiv verteuern. Das träfe besonders die Armen.

3. „Bild“ schreibt: „So gut geht's den Pleite-Griechen“.

Gut mag es den griechischen Millionären gehen, die ihr Vermögen nicht versteuern und ins Ausland geschafft haben. Der übrigen Bevölkerung geht es schlecht. Die drastische Kürzungspolitik hat Griechenland in die Armut getrieben:

- die Wirtschaftsleistung ist seit Beginn der Krise um ein Viertel geschrumpft,
- der Mindestlohn wurde abgesenkt und die Tarifvertragsstrukturen nahezu zerstört,
- ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung ist ohne Job, bei den jungen Beschäftigten sind es über 50 Prozent, und die Arbeitslosenunterstützung gilt nur für ein Jahr,
- ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze,
- die Löhne im Öffentlichen Sektor wurden um bis zu 50 Prozent gekürzt,
- die Renten um bis zu 45 Prozent
- und das Gesundheitssystem kollabiert, Selbstmordraten und Säuglingssterblichkeit sind signifikant gestiegen!

Deshalb hat die neue griechische Regierung Sofortmaßnahmen zur humanitären Hilfe beschlossen:

- 300.000 Haushalte werden wieder mit Strom versorgt,
- Ausgabe von Lebensmittelkarten an 300.000 arme Haushalte
- Mietförderungen für 30.000 Familien

4. „Auch Griechenland muss sich an die Verträge halten“

Pacta sunt servanda, heißt es jetzt: Verträge sind einzuhalten. Gefragt wird jedoch nicht, wie diese Verträge überhaupt zu Stande kamen. Den Griechen wurden die Bedingungen des Troika-Programms diktiert – oft ausdrücklich am griechischen Parlament vorbei.

Das griechische Volk hatte am 25. Januar 2015 zum ersten Mal die Möglichkeit, über diese Verträge abzustimmen. Und es hat sie abgelehnt. Etwas anderes ist es mit den Schulden. Über die Schulden muss verhandelt werden. Nicht aber über die Fortsetzung der Kürzungspolitik in Griechenland.

5. „Die Griechen wollen nicht mehr sparen und verweigern sich notwendigen Reformen.“

Tatsache ist: Die bisherige Kürzungspolitik hat Griechenland immer tiefer in die Krise gestürzt. Die Schuldenlast hat dramatisch zugenommen. Deswegen verbietet sich ein „Weiter so“. Griechenland braucht ein Wachstumsprogramm genauso wie die gesamte Euro-Zone. Von einem solchen Politikwechsel würden Griechen wie Deutsche gleichermaßen profitieren.

Deshalb unterstützen wir den Aufruf „Griechenland nach der Wahl: keine Gefahr sondern eine Chance für Europa“! (www.europa-neu-begrunden.de)

Im Aufruf heißt es:

„Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. (...)

Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es nicht geben!“

Dieser Aufruf ist von den wichtigsten Gewerkschaftsvorsitzenden sowie von namhaften Wissenschaftlern und Politikern unterzeichnet worden. Mittlerweile haben sich aus Europa weitere Gewerkschaftsvertreter und über 10.000 Bürger angeschlossen.

Das Griechenland-Solidaritätskomitee Frankfurt-Rhein-Main wurde im März 2015 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt gegründet. Bis zu 50 Personen aus den Gewerkschaften IG Metall, Verdi, NGG und dem DGB sowie Aktive aus mehreren politischen Parteien und sozialen Bewegungen beteiligen sich an der Arbeit des Komitees.

In der FR vom 12. Juni schreibt Hanning Voigts: (...)

„Außerdem hofft das Komitee, dass sich durch den Wahlsieg der Syriza etwas bewegt. „Wir glauben, dass wir für ein solidarisches Europa einen Neuanfang brauchen“, sagt Andrea Ypsilanti. Die Sparpolitik sei gescheitert und man wolle dazu beitragen,

dass das viele Leute verstünden. Ende Juli, zum 90. Geburtstag des griechischen Politikers und Komponisten Mikis Theodorakis, will das Komitee ein Konzert veranstalten, außerdem sind Filmabende und eine Reise nach Griechenland geplant. Noch sei es für eine politische Umkehr nicht zu spät, glaubt Dieter Hooge. Sollte Griechenland aber aus dem Euro aussteigen müssen, hätte das Auswirkungen auf die ganze Eurozone – und Griechenland drohe die „totale soziale Wüste“.

Informationen unter www.griechenlandsolidaritaetffm.wordpress.com

*Aus: Wirtschaftspolitik aktuell Juni 2015
Ver.di Bundesvorstand*

Athen im Schuldenkarussell

In der Griechenland-Frage dreht sich zurzeit alles darum, ob Athen rechtzeitig neue Hilfgelder bekommt. Wofür wird das Geld eigentlich so dringend gebraucht? Um das Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu retten? Um die verheerende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen? Um hungernden Menschen zu helfen? Nein! Es geht vor allem um den Austausch alter gegen neue Schulden. Ende Juni müssen Kredite über rund 1,6 Milliarden Euro allein an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgezahlt werden. 5,3 Milliarden bis Ende 2015.

Damit die Hilfsmittel fließen stellen IWF, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission harte Bedingungen: Der Staat soll noch mehr sparen, Renten sollen weiter gekürzt und Arbeitnehmerrechte weiter abgebaut werden.

Hiergegen wehrt sich die griechische Regierung. Die neoliberale Politik habe die wirtschaftliche und soziale Situation nur verschlechtert – und die Schulden sogar noch gesteigert. Alternativ hat sie viele Maßnahmen vorgeschlagen und bereits eingeleitet, die die Finanzsituation des Staates ohne weiteren sozialen Kahlschlag verbessert.

Etwa höhere Luxussteuern, das konsequente Eintreiben ausstehender Steuerzahlungen, umfassende Maßnahmen zum besse-

ren Vollzug der Steuergesetze, eine Reform der Mehrwertsteuer. Sogar die Abschaffung von Vorruhestandsregeln liegt inzwischen auf dem Tisch.

Das alles reicht den Geldgebern jedoch nicht. Sie wollen die neoliberale Schocktherapie fortsetzen. Damit muss Schluss sein! Ein solches Europa wollen wir nicht!

Militärausgaben Griechenlands

Kommentar des Stellvertretenden Verteidigungsministers Kostas Isychos zu den Militärausgaben Griechenlands und diesbezüglichen Äußerungen aus den Reihen von SPD und Grünen 16.6.2015

„Wir möchten hiermit klarstellen, dass die neue politische Führung des griechischen Verteidigungsministeriums alle Rüstungsprogramme eingefroren hat, sich derzeit also kein einziges Rüstungsprojekt im Stadium der Umsetzung befindet. Die Fortführung in der Vergangenheit begonnener Rüstungsprojekte beschränkt sich auf Wartungs- und Reparaturverfahren.

Die neue griechische Regierung und die neue politische Führung des Verteidigungsministeriums unseres Landes haben eine Interne Untersuchungskommission ins Leben gerufen und damit begonnen, alle getätigten Rüstungsgeschäfte genauestens zu prüfen. Wir nehmen uns jedes der sich auf Milliardenhöhe summierenden nicht umgesetzten Kompensationsgeschäfte sehr genau und gründlich vor, um die Verantwortlichen schnellstens zu identifizieren und zur Rechenschaft ziehen zu können. Es dürfte gewiss auch für die EU ihre Institutionen von Interesse sein, sich eingehender mit der Intransparenz und den gesetzeswidrigen Praktiken, dieser Geschäfte auseinanderzusetzen.

Griechenland hat zwischen 1974 und 2009 jährlich 9,64% Gesamtexporte der deutschen Rüstungsindustrie erworben. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass Griechenland alle zehn Jahre Rüstungsgüter erwor-

ben hat, die der Gesamtheit der jährlichen Rüstungsexporte Deutschlands entsprechen.

Es ist richtig, dass nach dem Ende der Diktatur eine massive Aufblähung der griechischen Rüstungsausgaben verzeichnet worden ist, deren Höhepunkt in den 1990er Jahren erreicht wurde. Dem umfangreichen Kauf von Rüstungsgütern fehlte jegliche Transparenz und die Ausschreibungsverfahren verliefen alles andere als den Standards demokratischer Staaten entsprechend. So wurde wiederholt die europäische Gesetzgebung, der zufolge es in der Vergangenheit in Skandale verwickelten Unternehmen untersagt ist, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen, gebrochen.

Ein charakteristisches Beispiel ist der Fall der Rheinmetall AG, die 2014 in der Bundesrepublik zu Strafzahlungen in Höhe von 37,07 Millionen Euro verurteilt worden ist, weil sie während der Krisenjahre Geschäfte mit der damaligen griechischen Regierung durch Schmiergeldzahlungen vorangetrieben hatte. Die deutsche Rüstungsindustrie hat während der vergangenen fünf Jahre weiterhin Geschäfte mit Griechenland gemacht, ohne dass diese undurchsichtigen Vorgänge und Ausgabenverschwendung von Seiten der europäischen Partner jemals thematisiert wurden.

Sollten SPD, Grüne und die Kreditgeber Griechenlands tatsächlich daran interessiert sein, die unzähligen in Zusammenhang mit Rüstungsgeschäften nach Griechenland stehenden Skandale aufzuklären, wäre es hilfreich, wenn sie dafür sorgen würden, dass ihre eigenen Justizapparate zur Untersuchung dieser Sachverhalte in Gang gesetzt werden. Leider ist dies bis zum heutigen Tage nicht geschehen. Das Griechische Verteidigungsministerium würde für diesen Zweck selbstverständlich alle in seiner Verfügung stehenden Informationen mit Freude bereitstellen.

Darüber hinaus ist Griechenland ein souveräner Staat, welcher sich Ermahnungen in Hinblick auf die von ihm verfolgte Verteidigungspolitik und Ausstattung seiner Streitkräfte verbittet.“

Mitgliederversammlung am 17. Juni

Die Mitgliederversammlung im Gärtnerhäuschen war gut besucht, die Atmosphäre war prima.

Die Veranstaltungen am 8. und 10. Mai zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus wurden von unserer Ortsgruppe in der Vorbereitung und Durchführung unterstützt. Bei der Veranstaltung am 8. Mai war unser Genosse Walter Buckpesch einer der Redner, beim Erzählcafé am 10. Mai waren Emmi Dingeldein und Ellen Nagel als Podiumsteilnehmerinnen dabei. Bei beiden Veranstaltungen waren die Offenbacher NaturFreunde zahlreich vertreten. Die Einnahmen von unserem Verpflegungsstand wurden für die Kostendeckung der Veranstaltungen verwendet. Wir konnten 425 Euro spenden. Unser Kaffee- und Kuchenstand am 1. Mai hat unsere Vereinskasse aufgebessert. Dank an alle, die durch Kuchen und andere Essenspenden und ihren Einsatz an unseren Ständen dazu beigetragen haben.

Für das Mainufer-Fest wurden letzte Absprachen getroffen. In diesem Jahr ist auch die NaturFreunde-Jugend Hessen mit dabei.

Für das Sommerfest auf der Günthersmühle haben sich bereits viele Helferinnen und Helfer gemeldet.

Es gab noch einige Wochenenden, für die noch Unterstützung bei den Hausdiensten notwendig waren. Bei der Mitgliederversammlung war die Bereitschaft groß, diese „Lücken zu füllen“.

Zum Schluss der Versammlung wurde deutlich gemacht, dass wir weitere Mitglieder für die aktive Mitarbeit brauchen. Christine ist in diesem Jahr für die Hausbelegung der Günthersmühle und die Hausdiensteinteilung eingesprungen. Im nächsten Jahr kann sie diese Aufgabe nicht mehr übernehmen. Im März 2016 stehen Vorstandswahlen an. Für die Mitarbeit im Vorstand und in den Fachgruppen müssen wir weitere Mitglieder gewinnen. Wir müssen dafür sorgen, dass einzelne Aktive nicht zu sehr belastet werden.

Wenn die Aufgaben durch ausreichend Mitglieder gemeinsam wahrgenommen werden, bleibt auch die Freude an der Vereinsarbeit nicht auf der Strecke. Hier kommt jetzt der Appell an euch alle: Vielleicht könnt ihr ein wenig Zeit erübrigen, um bei den vielfältigen Aufgaben und Aktivitäten mitzumachen. Wir wissen, dass viele auch in andere Bereichen aktiv sind und durch Arbeit und Familie nur begrenzt Zeit haben.

Wir wollen sowohl die Günthersmühle für nachfolgende Generationen erhalten und gleichzeitig in Offenbach als NaturFreunde präsent sein. Das tun wir mit unseren Themenabenden, unserer Beteiligung am Ostermarsch, am 1. Mai, beim Mainuferfest, beim Bündnis „Bunt statt Braun“ und immer dann, wenn es nötig ist in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Jede Unterstützung, auch punktuell, hilft dabei.

Nachruf für Manfred Clauß

Manfred ist am 11. März 2015 seiner schweren Krankheit erlegen.

Noch am NaturFreundetag 2014 im und um unser Gärtnerhäuschen hat er mit seiner Ehefrau Gudrun teilgenommen und viel Gefallen an dieser Veranstaltung gefunden. Seine damalige Hoffnung, den Krebs doch zu besiegen, hat sich nicht erfüllt.

Manfred trat 1959 den NaturFreunden Botnang bei und war viele Jahre in deren „Römersteinhaus“ bei Arbeitseinsätzen aktiv. 1965 zog er mit seiner Frau nach Maintal. Den Offenbacher NaturFreunden traten Manfred und Gudrun 1985 bei.

Auch auf der Günthersmühle hat Manfred nachhaltig gewirkt. Er baute den Kachelofen in unserem kleinen Aufenthaltsraum ein.

Seine letzte Ruhe fand er unter einer Buche im Pfälzer Wald, seiner zweiten Heimat.

Rita Müller

Auf dem Lohrberg – ein Spaziergang mit Einkehr

Donnerstag, 16. Juli 2015

Früher musste man auch einmal auf dem Lohrberg gewesen sein, wer noch nicht dort war dem fehlt ganz bestimmt etwas, der herrliche Blick auf die Städte Frankfurt und Offenbach, ein wunderbarer Ausblick, wie vom Goetheturm nur von der anderen Mainseite.

Wir fahren in Fahrgemeinschaften auf den Lohrberg. Vom Parkplatz Lohrberg geht es zum MainÄppelHaus, eine Begegnungsstätte rund um das Thema Streuobst und Gartenbau. Im Bistro gibt es Kaffee und Kuchen von den ehrenamtlichen Helfern des Vereins. Eine Führung von ca. 60 Minuten zum Thema „Naturerlebnispark“ ist geplant, weiteres ist bei der Anmeldung zu erfragen.

Treffpunkt: 13:00 Uhr am Nassen Dreieck
Fahrzeit ca. 30 Minuten

Strecke: Kaiserlei A661 Richtung
Bad Homburg bis Ausfahrt
Friedberger Landstraße / B521
(Unfallklinik); Richtung Lohrberg
(ausgeschildert); auf dem
Berger Weg bis zum Parkplatz

Von dort ca. 20 Minuten Fußweg zum
MainÄppelHaus. Anmeldung bei Irene und
Günter Eislöffel ☎ **069 859298**.



Freizeit - Ideensammlung Planungstreffen im Gärtnerhaus

Montag, 3. August 2015, 19:00 Uhr

In der hellen Jahreszeit treffen wir uns wieder um 19:00 Uhr abends. Kommt vorbei und gestaltet mit uns das Wander- und Kulturprogramm. Wir freuen uns auf euch.

Wein und mehr

Mittwoch, 19. August 2015

19:00 Uhr Gärtnerhaus

Wer sich erinnert, wir hatten das schon einmal im Februar 2011.

Der damalige Erfolg ist Ansporn für einen weiteren schönen NF-Abend.

Auch diesmal keine Verkaufsveranstaltung sondern Jeder bringt eine Flasche seines Lieblingsweines mit, ca. 10 davon werden wir verkosten.



Diesmal eine Besonderheit: Aus meinem Altbestand hatte ich vor Wochen eine 1973er Flasche „Eimsheimer Sonnenhang / Siegerrebe Auslese“ geöffnet und die war noch trinkbar. Ich habe noch eine Flasche mal sehn ob die auch noch schmeckt. Dazu eine Geschichte. Überhaupt: schöne Weingeschichten zum Vorlesen werden gerne gehört! Bitte mitbringen.

Wir wollen auch eine Teebar einrichten für Fahrer und Alkoholverweigerer, der Kühlschrank hat auch andere Getränke zu bieten. Für zwischendurch möchten wir „finger foot“ also Fingerhäppchen anbieten. Dafür werden noch Sponsoren-Helfer gesucht.

Bitte unbedingt **anmelden**, wir wollen wissen wer Wein rot/weiß, Rebenart, Jahrgang, evtl. Besonderheiten und welche Häppchen mitbringt.

Also bis bald!

Irene und Günter Eislöffel: **069 859298**

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder:

Renate Beirer
Heinz Geisler
Alexander Hanzalik
Petra Prinz

Herzlich Willkommen in unserer Ortsgruppe.

Singkreis

Die im letzten Quartal, von April bis Juni versuchsweise geänderten Treffzeiten in den Abendstunden, sollen nach dem Willen der TeilnehmerInnen wieder auf Nachmittage verlegt werden. Und zwar jeweils Dienstags in der Zeit von 15 Uhr bis 17 Uhr.

Wir treffen uns am 7. und 28. Juli
 11. und 25. August
 8. und 22. September

Jeder oder Jede der oder die mitmachen will,
 kann unangemeldet hereinschauen.

Emmi Dingeldein

Skat- und Spiele-Abend im Gärtnerhäuschen

Jeden dritten Donnerstag im Monat wird im Gärtnerhäuschen gespielt. Treffpunkt ist immer um 19 Uhr.

Günter Tollowski

Ab sofort gehen wir am Stock Nordic Walking – fit mit zwei Stöcken

Ab sofort treffen wir uns jeden Dienstag um 17: 00 Uhr vor dem Gärtnerhäuschen im Leo-Park. Die Idee wurde während unserer Fahrradtour durch Thüringen geboren. Genauer gesagt von Ulla, Biggi und Anna. Weitere Interessierte haben sich schon gemeldet. Also: Auf geht's. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Geburtstage

Im 4. Quartal feiern 12 Mitglieder (ab 60 Jahre) einen runden Geburtstag

Hans-Wilhelm Eitelmann (Till)

70 Jahre am 16. Juli

Ursula Eichhorn

85 Jahre am 22. Juli

Helga Sprenger

80 Jahre am 27. Juli

Jürgen Eberhardt

75 Jahre am 29. Juli

Herta Keller

85 Jahre am 2. August

Irene Usinger

80 Jahre am 9. August

Norbert Walther

75 Jahre am 14. August

Adam Coppik

70 Jahre am 18. August

Jutta Göpfrich

60 Jahre am 19. August

Irene Eislöffel

80 Jahre am 3. September

Karl Löffert

80 Jahre am 18. September

Ursula Hemmer

60 Jahre am 22. September

Am 31. Juli feiert

Luca Tanzer seinen 18. Geburtstag

Drei Mitglieder haben ihren 10. Geburtstag

Adrian Hannen

am 3. September

Nicola Hannen

am 3. September

Lars Stöter

am 19. September

Wir gratulieren allen Geburtstagskindern und wünschen euch alles Gute.

Der Protest geht weiter!

**Montagsdemos
 gegen Fluglärm**

Terminal 1, Halle B, jeweils 18:00 Uhr

Mittwoch, 12. August um 19 Uhr
Ein Sommerabend im Zeichen der
Griechenland-Solidarität
Film – Musik – Gespräch

Sicher ist: Niemand kann heute ernsthaft voraussagen, wie sich die Lage Griechenlands bis Mitte August entwickeln wird. Sicher ist auch: Sie wird dramatisch bleiben. Sicher ist ebenfalls, dass Solidarität mit dem griechischen Volk auch dann noch geboten sein wird. Sie zu zeigen, Informationen und Auffassungen auszutauschen, das sollen Zweck und Inhalt dieses Sommerabends sein.

Bewusst haben wir keine „offiziellen“ Vertreter von z.B. Syriza eingeladen, und auch kein Referat oder ähnliches vorgesehen.

Die deutsch-griechische Filmemacherin *Hanna Hoefft* wird uns ihren Film „Eine Reise“ zeigen und selber zur Diskussion zur Verfügung stehen. Von KINISIS werden wir (gute!) Musik zu hören bekommen, die Musikanten sind Griechen oder haben enge Beziehungen zu Familien und Freunden in Griechenland, haben ihre eigenen Informationen und Standpunkte.

Wir denken, es ist gut, dies mal etwas „zwangloser“ zusammenzuführen mit den Offenbacher NaturFreunden, deren Solidarität ja bekanntlich nie unkritisch zu haben ist.

Wofür Solidarität? Eines von vielen Beispielen:

Die Tsipras-Regierung will die Mehrwertsteuer auf Medikamente geringfügig senken (von 6,5 auf 6% – der normale Mehrwertsteuersatz liegt bei 23% und soll so auch bleiben). Die „Institutionen“ (IWF, EZB, EU-Kommission, Euro-Gruppe – und die Bundesregierung) fordern einen Satz von 11% auf Medikamente.

In Griechenland liegt die (offizielle) Arbeitslosigkeit bei über 23% – bei Jugendlichen bei über 50%. Arbeitslose sind nach einem Jahr nicht mehr krankenversichert und müssen Medikamente selbst bezahlen. Steigen die schon jetzt kaum zu bezahlenden Preise durch Steuererhöhung nochmals, führt das zu einer drastischen Verschlechterung der Lage von Kranken – bis hin zu deren vorzeitigem, vermeidbaren Tod. Allein das rechtfertigt Widerstand und fordert Solidarität gegen diese Austeritäts- (= Verknappungs-) Politik.

Veranstaltung im Ledermuseum
Mittwoch, 23. September um 19 Uhr

Fair Trade statt Free Trade

An die rettende Kraft des „freien“ Handels, die durch forciertes Wachstum Wohlstand schafft und aus Krisen heraushilft, haben wir NaturFreunde noch nie so richtig geglaubt – gegenüber den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA haben wir unsere diesbezügliche Kritik erst jüngst vertieft und erneuert. Freie Entfaltung der Marktkräfte – das bedeutet zu allererst Stärkung der sowieso schon starken Kräfte, deren Handeln erst zu Krisen und führt und damit selbst bescheidenen Wohlstand der Mehrheit der Menschen gefährdet und abschafft.

Auch die real existierende Europäische Union und ihr Kerngebiet, die Euro-Zone, sind letztlich nichts anderes als eine – weit fortgeschrittene – Freihandelszone.

Massenwohlstand? Keine Krisen?

Man muss nicht erst nach Griechenland schauen, um das als ideologische Schaum-schlägerei zu erkennen.

Das ist so weit nicht schwer zu erkennen und zu kritisieren. Aber ist „Wachstum“ überhaupt ein Mittel gegen Krisen? Und wenn nein, was wären denn Alternativen?

Zusammen mit den Freundinnen und Freunden von *attac* Offenbach wollen wir diesen Fragen nachgehen und haben dafür den Autoren, Publizisten und Mitgründer von *attac* Deutschland, Werner Rätz, eingeladen.

Die Interkulturellen Wochen bieten gerade in Offenbach schon seit einigen Jahren die Möglichkeit und einen guten Rahmen, auch grundsätzlichere politisch-gesellschaftliche Fragen vor einem breiteren Publikum zu erörtern, die Cafeteria des DLM ist ein guter Ort dafür.

Schon immer waren NaturFreundinnen und NaturFreunde als Gäste dort. In diesem Jahr, wo wir zum ersten Mal selbst (Mit-) Veranstalter sind, doch erst recht?

Günter Burkart

20. Juni 2015 – Weltflüchtlingstag in Frankfurt am Main

Ich habe von meiner Geburt an bis Ende 2004 in Frankfurt am Main gelebt. Dann bin ich mit meiner Tochter Andrea und ihrer Familie nach Offenbach gezogen und wurde 2007 Mitglied der Offenbacher NaturFreunde. 2007 waren Andrea und ich dabei, als es den Offenbacher AntifaschistInnen gelungen ist, die Nazis aus Offenbach zu vertreiben.

Am Samstag fahre ich mit Andrea nach Frankfurt, um den Widerstand gegen den „Widerstand Ost/West“ (WOW) zu unterstützen. Auf dem Goetheplatz ist die Kundgebung vom Römerbergbündnis. Alle Rednerinnen und Redner sagen klar: In Frankfurt ist kein Platz für Nazis. Frankfurt ist, wie Offenbach, eine Stadt der Vielfalt und bleibt „Bunt statt Braun“.

Johann Wolfgang von Goethe schaut auf die Gegendemonstranten und kehrt dem Kundgebungsplatz des „WOW“ den Rücken zu. Mir fällt ein Goethezitat ein: „Es ist nicht genug zu wissen – man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen – man muss auch tun.“

Um uns herum sind Menschen, die wissen, dass man den Anfängen immer wehren muss und sie handeln. Wir machen uns auf den Weg zum Blockadepunkt an der Junghofstraße. Der kurze Weg dahin ist durch Polizeigitter und Polizeipräsenz in voller Montur versperrt. An der Junghofstraße stehen sich Polizeieinheiten und Gegendemonstranten gegenüber. Hier halten AntifaschistInnen den Blockadepunkt seit Stunden aufrecht. Als wir ankommen, können wir noch einen Blick über die Polizeieinheiten hinweg auf den Kundgebungsplatz des „WOW“ werfen. Wir erleben einen völlig ungerechtfertigten Zugriff von Polizisten auf einen jungen Antifaschisten, es gibt ein kurzes Gerangel. Ich bin mittendrin, komme aber gerade noch raus. Wir suchen mal den Blockadepunkt an der Katharinenkirche auf. Als wir an die Junghofstraße zurückkommen, ist zwischenzeitlich ein Wasserwerfer aufgefahren worden. Die Wasserkanonen sind auf die AntifaschistInnen gerichtet und tröpfeln ein wenig.

Zu den Vorgängen, die wir an der Junghofstraße beobachtet haben, twittert die Polizei, dass „*Polizisten mit Tritten attackiert und Flaschen geworfen wurden.*“ Wir haben das nicht gesehen. Später twittert die Polizei, „*die Lage an der Junghofstraße habe sich nicht beruhigt.*“ Wir und die Menschen um uns herum erleben das anders. So wird Meinung gemacht.

Die Kundgebung des „WOW“ ist beendet. Es ist unklar, ob die Polizei den Demoweg von 1,7 km für den „WOW“ frei räumen will. Die ganze Veranstaltung des „WOW“ endet mit einem 700 Meter langen „Demo-Zug“, angeführt und geschützt von der Polizei innerhalb des „Käfigs“, der für sie gebaut wurde. Auf dem Goetheplatz begleiten die Gegendemonstranten den „Umzug“ des „WOW“ mit Pfiffen und Rufen, wie: „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda.“

Gerichte und Polizei haben ermöglicht, dass die Nazis ihre Füße auf Frankfurter Boden setzen konnten, aber über 2.000 AntifaschistInnen haben verhindert, dass es außerhalb der Gitter geschehen ist. Das ist ein Erfolg! .

Sybille Schäfer

Termine im nächsten Quartal

Jeden Dienstag: 17 Uhr ab GH
Nordic Walking

Di., 7.7, 28.7., 11.8., 25.8., 8.9. und 22.9.
Singen von 15 bis 17 Uhr GH

Do., 16.7., 20.8. und 17.9. GH - Spieleabend

Do., 16.7. - Ein Spaziergang auf dem Lohrberg - siehe Seite 10

Sa./So. 18./19.7. - Arbeitsdienst Mühle

Sa./So. 25./26.7. - Sommerfest Mühle

Mo., 3.8. - 19 Uhr GH
Freizeit-Ideensammlung

Mi., 12.8. - 19 Uhr GH Themenabend
„Griechenland-Solidarität“

Mi., 19.8. - 19 Uhr GH
„Wein und mehr“ - siehe Seite 10

Fr. 11.9. - 19 Uhr im Ostpol, Veranstaltung von „Bunt statt Braun“ - nähere Infos folgen

Mi., 23.9. - 19 Uhr Ledermuseum
„Fair Trade statt Free Trade“



Gut leben in Hessen

*Soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung
und ökologische Verantwortung*

**10. Hessisches
Sozialforum**
am Samstag, 11. Juli, in
Frankfurt, Haus am Dom
10-16 Uhr

Abgeleitet von den Welt- (Porto Alleghre...) und Europäischen Sozialforen findet seit nunmehr zehn Jahren das Hessische Sozialforum statt – in diesem Jahr unter dem Motto: **Gut leben in Hessen – Soziale Gerechtigkeit, Mitbestimmung und ökologische Verantwortung.**

Die hessischen NaturFreunde sind seit drei Jahren Mitträger des Forums.

Am Vormittag sprechen:

- Gabriele Kailing – Vorsitzende DGB-Thüringen
- Hugo Braun – Rat des Weltsozialforums
- Fevzije Zeneli – Landesschulsprecherin
- VertreterInnen der DGB-Jugend und des ASTA

- Hauptreferat: Prof. Margot Käßmann, EKD

Am Nachmittag sieben Diskussionsforen:

- Gut leben in Hessen: weniger – langsamer – nachhaltiger
- Gute Willkommenskultur
- Gut arbeiten in Hessen
- Gut wohnen in Hessen
- Gute kommunale soziale Infrastruktur erhalten
- Gut leben mit der EU-Finanzpolitik?
- Gut leben in Hessen – nicht mit Hartz IV!



Heinrich-Heine-Club

Offenbach a. M.
Bleichstraße 14 H
Theateratelier

Montag, 6. Juli 2015, 20:00 Uhr, Wiener Hof
Jacques & Georges

Gespielt, erzählt und gesungen von Moritz Stoepel



Das nächste Blädd-
sche erscheint am
1. Oktober 2015
Redaktionsschluss ist
der **1. September 2015**



Lebendig, aufrecht und lächelnd, so geht er durchs Leben – Jacques Prévert – dieser wunderbare, leider fast schon vergessene Großstadtpoet, Surrealist, Realist, Revolutionär, Romantiker...

Mit seiner einfühlsamen Poesie und Musik erzählt Georges Moustaki von der Liebe und den Sehnsüchten, Träumen, Ängsten und Hoffnungen der Menschen und ist somit ganz nah verbunden mit der poetischen Welt von Jacques Prévert. Beide bringt der Schauspieler und Musiker Moritz Stoepel beeindruckend und gefühlvoll auf die Bühne.

Montag, 14. September 2015 um 19:30 Uhr
Und sie brennt doch
Friedrich Stoltzes Satireblatt „Frankfurter Latern“
Mario und Viktor Gesiarz



Ganz nach der Devise „Es is kaa Stadt uff der weite Welt, die so mer wie mei Frankfort gefällt“ steht dieser Abend im Zeichen der Frankfurter Mundart. Es geht um das großartige Werk des heute beinahe vergessenen Dichters und Satirikers Friedrich Stoltze. Geprägt von der

Bewegung des Vormärz verfasst er ab 1832 seine ersten politischen Gedichte. 1860 betätigt er sich als Verleger und veröffentlicht die politische Satirezeitschrift „Frankfurter Latern“, die bis zu seinem Tod wöchentlich erschien und wegen ihres politischen Inhalts, mehrfach verboten wurde.

Mario Gesiarz wird uns durch das politische Werk des phantasievollen Satirikers geleiten. Begleitet wird er dabei von sanften Klängen auf dem Akkordeon, die sein Sohn Viktor Gesiarz zum Besten geben wird.

Jazz e.V.

Freitag, 28. August 2015, 20.30 Uhr, Wiener Hof
Louisiana Party Gators

New Orleans Jazz

Back to the Roots: Eine stimmungsvolle Dokumentation der traditionellen Musik der Südstaaten Amerikas um 1910. New Orleans als Hauptstadt des Jazz und weltberühmte Musiker wie Sidney Bechet, King Oliver und Louis Armstrong sind im Zentrum des Abends.

Impressum

Redaktion: Anja Bamberger,
Günter Burkart, Uta Eichhorn,
Brigitte Jäger, Sybille Schäfer

Redaktionsanschrift:
Naturfreunde-of.redaktion@
t-online.de

Beitragskonto:
Städt. Sparkasse Offenbach
BIC; HELADEF1OFF - IBAN:
DE35 5055 0020 0009 0053 90

Vereinskonto:
Städt. Sparkasse Offenbach
BIC; HELADEF1OFF - IBAN:
DE48 5055 0020 0009 0055 44

Günthersmühle-Konto:
Städt. Sparkasse Offenbach
BIC; HELADEF1OFF - IBAN:
DE 23 5055 0020 0009 0023 08

1. Vorsitzende der OG:
Anneli Hüpenbecker
Lämmerspieler Weg 5
63071 Offenbach am Main
Tel.: 069 / 894753
anneli.huepenbecker@web.de

**Hausbelegung
Günthersmühle:**
Christine Rachor
Rheinstr. 21
63071 Offenbach am Main
Tel.: 069 / 838656
guenthersmuehle@t-online.de

NFH Günthersmühle:
63599 Biebergemünd/Kassel
Bornweg,
Tel.: 06050 / 7066
Fax: 06050 / 909262

Gärtnerhäuschen, im Leonhard-
Eißnert-Park, Bieberer Straße 276
gegenüber Jet-Tankstelle

Internet-Homepage:
www.naturfreunde-offenbach.de



Die TeilnehmerInnen bei der Kundgebung des Römerbergbündnisses verfolgen die Redebeiträge auf der Bühne und werden zwischendurch vom Lautsprecherwagen der Anti-Nazi-Koordination Frankfurt über die Situation an den Blockadepunkten informiert.



Dank der Blockaden von mehr als 2.000 AntifaschistInnen wurde der Aufmarsch von WOW („Widerstand Ost/West“) verhindert. Lediglich im für sie abgesperrten Bereich konnten sie unter starkem Polizeischutz ca. 700 Meter im Kreis marschieren.